

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Veröffentlichung: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,10 RM. Einzelhefte 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstiger Störungen des Verkehrs der Zeitung, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen) hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Rabatte usw. laut aufliegenden Tarif. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Für Fehler in durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anspruch auf Nachlaß erlischt bei Klage od. Konkurs.

Mit den Bild-Beilagen „Neue Illustrierte“ — „Mode und Heim“ — „Kobold“ —

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.
Herausgeber: Georg Kühle, Ottendorf-Okrilla — Vertreter: Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla
Druck und Verlag: Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 138.

Nummer 110 Fernruf: 231 Freitag, den 21. September 1934 Nr. 8.34 412 33. Jahrgang

Aufruf.

Das im vergangenen Jahre nach dem Willen des Reiches durchgeführte Winterhilfswerk hat dank der Opferbereitschaft weiter Kreise unserer Gemeinde in unendlich viel höherem Maße gelindert. Ohne Ueberhebung kann behauptet werden, daß das Winterhilfswerk in unserer Gemeinde großes und Vorbildliches geleistet hat. Die Not ist trotz aller Anstrengungen noch nicht in allen Fällen beseitigt. Opferfreudige Liebe zum erwerbslosen Volksgenossen hat sich erneut betätigt. Der NS-Volkswohlfahrt ist vom Reich die Aufgabe gestellt worden, dafür zu sorgen, daß im kommenden Winter kein Volksgenosse friert oder verhungert. Darüber hinaus ist der NS-Volkswohlfahrt die Sorge für „Mutter und Kind“ übertragen worden. Diese Aufgabe ist in unserer Gemeinde besonders wichtig und dringend. Es geht dabei um die Zukunft unseres Volkes. Der NS-Volkswohlfahrt die Mittel zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben zu geben, ist Ehrenpflicht eines jeden Deutschen und Verbienenden. Ich rufe daher alle der NS-Volkswohlfahrt noch Fernstehenden auf, den Beitritt sofort zu erklären. Sie gliedern sich dadurch erst in die wahre Volksgemeinschaft ein und tragen zur Milderung der öffentlichen Not und zur Verringerung der Not bei. Daher die Bitte, Tretet ein in die NS-Volkswohlfahrt über Nationalsozialismus der Tat.

Richter, Bürgermeister.

Örtliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 20. September 1934.

Die Feuerchupwoche ist da — Prüfe Deine Gas-... Die im ganzen deutschen Reich einheitlich durchgeführte Feuerchupwoche zieht auch die Gasversorgung in den Bereich ihrer weit verzweigten Aufklärungsarbeit. Die Größe der hier bietenden Arbeit wird erst so recht klar, wenn man bedenkt, daß in Tausenden von Städten und Gemeinden mehr als 10 Millionen Hausfrauen neben zahlreichen gewerblichen und industriellen Betrieben tagtäglich Gas in den verschiedensten Geräten verwenden. Aus der Betreuung dieser zahllosen Abnehmerkreise erwächst den Gaswerken eine außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe, die für die Feuerchupwoche von besonderer Bedeutung ist. Da ein hygienisches und wirtschaftliches Arbeiten mit Gas nur dann möglich ist, wenn die Gasleitungen und Gasgeräte sich in gutem Zustand befinden, ergibt sich die Aufforderung, anlässlich der Feuerchupwoche die Gasleitungen und Geräte zu prüfen, zu überholen und mit hin erneuerungsbedürftig sind. Wenn die Feuerchupwoche festgesetzt wird, dürfen die Rohrleitungen keinesfalls mit einer offenen Flamme wegen der damit verbundenen Explosionsgefahr abgeleuchtet werden. Ein ungefährliches Mittel gegen die Gaslecks ist das Besprühen der Leitungen mit Seifenwasser, das sich dann an den Gasaustrittsstellen Seifenblasen bildet, die die Undichtigkeit anzeigen. Unbedingt muß natürlich auf dem schnellsten Wege das Gaswerk von dem beobachteten Mangel benachrichtigt werden. Ueber den Anschluß von Gasleitungen an die Rohrleitungen bestimmen die Richtlinien des Gaswesens, daß alle häuslichen Gasgeräte und Gasfeuerstätten nur noch durch feste Rohrbindungen oder Metallschläuche angeschlossen werden sollen. Jeder Einzelne lege sich nach dieser kurzen Anweisung in seinem Haus und seiner Wohnung an und prüfe genau an allen Stellen Gasleitungen und Gasgeräte. Jeden Fehler melde er sofort dem Gaswerk, das die notwendigen Arbeiten örtlichen Installateuren überträgt und in allen Fällen, wo es sich um arbeitslose oder minderwertige Volksgenossen handelt, die entstehenden Kosten selbst trägt. Somit dient die Feuerchupwoche auf dem Gebiete der Gasversorgung nicht nur der allgemeinen Lebenssicherheit der Volksgenossen, sondern auch der Arbeitsbeschaffung.

Rudolf Heß kommt nach Dresden

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, hat die Absicht, das nach ihm benannte erneuerte und erweiterte Johannstädter Krankenhaus persönlich am 15. September einzuwählen.

Berichtigung des NS-Lehrerbundes, Gau Sachsen, in Leipzig

Am 5., 6. und 7. im Gildhart ds. Is veranstaltet der NS-Lehrerbund, Gau Sachsen, in Verbindung mit der Kulturwochen der Leipziger NS-Kulturgemeinde in Sachsen die Herbsttagung. Diese verfolgt den Zweck, die Kulturwillen und die Kulturleistungen der geistigen Erzieherkräfte einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die einzelnen Vortragsabende, Peron-

staltungen und eine entsprechende Ausstellung sind auf dieses Ziel abgestimmt.

Verkürzte Reiseprüfungen für Volksschullehrer
(Spr.) In einer Verordnung bestimmt das Sächsische Volksbildungsministerium, daß die verkürzten Reiseprüfungen für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen vor Zulassung zum Hochschulstudium nur noch zu Ostern 1935 abgelegt werden kann. Die Verordnungen vom 10. April 1924 und vom 15. März 1928 treten von diesem Zeitpunkt ab außer Kraft.

Verbot des „Bundes für inneren Frieden“
(Spr.) Das Sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 den „Bund für inneren Frieden“ (Eig. Eisenach) samt seinen etwaigen Unterverbänden für das Gebiet des Landes Sachsen aufgelöst und verboten.

Friedhofsordnung
(Spr.) Das Sächsische Wirtschaftsministerium teilt im Sächsischen Verwaltungsblatt vom 18. September 1934 mit: Der Reichsausschuß für Friedhof und Denkmol hat eine Muster-Friedhofsordnung aufgestellt, die den Forderungen maßgebender Friedhofsreformer entspricht, gleichzeitig aber auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Gleichwohl wird von den beteiligten Wirtschaftskreisen vielfach darüber geklagt, daß entgegen den Bestimmungen der Muster-Friedhofsordnung übertriebene Forderungen an die Ausgestaltung der Gräber hinsichtlich Maß, Form und Aufmachung der Grabsteine gestellt, bestimmte Werkstoffe verboten und nur die Aufstellung von im Ort hergestellten Grabsteinen gestattet werden. Um die Notlage der beteiligten Gewerbe- und Industriebetriebe zu lindern, wird dringend empfohlen, die zur Zeit geltenden Bestimmungen der genannten Muster-Friedhofsordnung anzupassen und insbesondere nicht über die in ihr enthaltenen Forderungen hinauszugehen.

Veranstaltung des Ortsbildes durch Tankstellenüberdachungen
(Spr.) Nachdem die Erdölverbände freiwillig übereingekommen waren, Reklameschilder in der freien Landschaft nicht mehr aufzustellen, wird neuerdings versucht, die Tankstellen innerhalb der Ortslage mit Ueberdachungen zu versehen, die weniger einem Bedürfnis nach regentfreier Entnahme der Tankstoffe als einer Sucht nach Entfaltung neuer aufdringlicher Reklame entspringen. Wo nicht durch Ortsregeln nach § 90 des Baugesetzes eingeschränkt werden kann, reicht, wie das Sächsische Innenministerium bekanntmacht, jedenfalls in den meisten Fällen § 1 des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 10. März 1909 aus, solche Verunstaltungen zu verhindern, was ganz besonders in der Nähe von Bauden geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung nötig ist.

Dresden, 15 Millionen RM für Arbeit. Im Mittelpunkt der ersten Besamitzung der Stadtratsordneten nach den Sommerferien standen Berichte über umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine Ratsoorlage, die Kosten für die dringend notwendigen Erweiterungsarbeiten an der Waldschlager Elbbrücke in Höhe von 490 000 RM zu bewilligen, fand Zustimmung. Durch diese Erweiterung wird eine wesentliche Erleichterung des Fernverkehrs Bayern-Breslau und für den Verkehr in die Sächsische Schweiz ermöglicht. Für den Ausbau des Königsufers wurden 690 000 RM bewilligt, 55 700 RM wurden für die Ausgestaltung des Stadtkrankenhaus Friedrichstadt zur Verfügung gestellt. Bei der Deffa soll ein Darlehen von 280 000 RM aufgenommen werden, um den Ausbau der Hindenburg-Hochuferstraße sicherzustellen; dazu kommen noch 210 000 RM aus städtischen Mitteln.

Dresden, nochmals Frühling? Aus allen Teilen Sachsens laufen Meldungen über ungewöhnliche Naturerscheinungen ein. Blühende Apfelbäume, Erdbeerernte im September, Blüherblüte im Spätsommer sind in diesem Jahr „an der Tagesordnung“. Nun kommt aus Meißen und Königsbrück die Kunde, daß dort — Waitäfer eingeschlossen —

Büchsenwerda, Gemeindevereinigung. Der Zusammenschluß der Gemeinden Ober- und Niederpuckau ist jetzt mit einer glänzenden Feier im Erdgericht Puckau vollzogen worden. Das größere, fünf Kilometer lange Puckau zählt jetzt etwa 2500 Einwohner. Als neuer Bürgermeister wurde der seit dem 1. Januar 1928 in Niederpuckau amtierende Bürgermeister Richard Jahn von Amtshauptmann Dr. Sievert-Baughen feierlich durch Handschlag verpflichtet. Bürgermeister Hoffmann von Niederpuckau wurde zum Gemeindevorsteher bestimmt. Amtshauptmann Dr. Sievert verpflichtete auch die zehn Gemeindevorordneten durch Handschlag. Der Amtshauptmann wies darauf hin, daß in diesem Jahr im Baugner Kreis bereits zwölf Vereinigungen von Gemeinden erfolgt seien; die Zahl der Gemeinden im Bezirk habe sich von 244 auf 232 verringert.

Büchsenwerda, Bienen-Faulbrutleuche aus-gebrochen. Durch den zuständigen Seuchenwart wurden die Bienenbestände in Großhänden erneut einer Durchsicht unterzogen und dabei die Faulbrutleuche bei achtzehn Bienenstöcken festgestellt. Daraus wurde die Abtötung der erkrankten Bienen angeordnet. Durch diese Seuche ist die bisher blühende Bienenzucht in Großhänden auf neun Bienenstöcke zusammengeschmolzen.

Baughen, 39 Einbrüche aufgeklärt. Die Kriminalabteilung teilt mit, daß die seit Juli 1934 wegen eines Einbruches in das Vöbauer Arbeitsamt in Unterlungshaus befindlichen 25 und 17 Jahre alten Johannes Albert und Max Leonhardt von hier 35 Einbrüche, Einbruchversuche, Kraftwagen- und andere Diebstähle, die sie in der Zeit von Mai bis Juli ds. Js. in Baughen, Ramenz, Reichenbach (O.-L.) und Görslich begangen hatten, gefunden haben. Die Einbrecher gingen in äußerst dreister Weise vor, indem sie teils am Tage, teils in der Nacht mit Sperrhaken oder Nachschlüssel in Dachkammern, Wohnungen und Geschäftsräume eindringen und dort in der Hauptsache Geld und Wertgegenstände, aber auch Kleidungsstücke, Lebensmittel und Genussmittel stahlen. In vielen Fällen stahlen sie am Schluß solcher Diebesfahrten einen Kraftwagen von der Straße und brachten damit ihre Beute nach Baughen.

Löbtau, Dreifaches Unglück. Zwischen Plohen und Lehn fuhr nachts auf der Staatsstraße Baughen-Görslich ein Motorradfahrer aus Dresden von hinten auf ein unbeleuchtetes Bauernfuhrwerk auf. Der Motorradfahrer erlitt beim Sturz schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der mit etwa dreihundertfünfzig Zentner Last beladene Wagen geriet, da bei dem Anprall die Pferde scheuten, in den Straßengraben. Ein zweiter Motorradfahrer fuhr auf das auf der Straße liegende Motorrad auf und stürzte schwer.

Heidenau, Lastwagenfahrer betrunken? Zu dem Unfall der zwei Fußballmannschaften des Heidenauer SC im Polenztal wird mitgeteilt, daß sich auch die drei noch im Krankenhaus befindlichen, schwerer verletzten Spieler außer Lebensgefahr befinden. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt; der Führer des Wagens soll unter dem Einfluß von Alkohol gestanden haben.

Oberndorf, Todessturz. In Hirschberg verunglückte der Kriegesbeschädigte Otto Horn mit dem Kraftwagen. Er wurde in den Straßengraben geschleudert, wo er lebenslos liegen blieb. Horn starb im Krankenhaus an einem Schädelbruch.

Freiberg, Halsbrüde erwerbslosentfremdet. Die Arbeitsschlacht zeitigte in Halsbrüde den schönen Erfolg, daß die Driftschicht frei von Erwerbslosen wurde. Die letzten arbeitslosen Volksgenossen haben durch Straßenbau und Kanalarbeitsarbeiten Lohn und Brot gefunden.

Riesa, Gräberstellen aus der Eisenzeit. In der Sandgrube an der Zeithainer Windmühle entdeckten Schulknaben zwei Urnengräber, die die Asche eines verbrannten Kindes und eines erwachsenen Menschen enthielten. In dem Erwachsenengrab gehören drei Gefäße, die gut erhalten sind. Man nimmt an, daß es sich um Brandgräber aus der Eisenzeit, etwa 800 bis 500 v. Chr. handelt.

Borna, Lebensretter. Ein zweijähriges Kind war in einem unbewachten Augenblick in den Breiten Teich gefallen. Das Kind war schon mehrmals untergegangen, als ein vorübergehender Leipziger Geschäftsmann namens Richard Riedel die Gefahr bemerkte und das Kind aus dem Wasser zog.

Stollberg, Vom Blich erschlagen. Im Querenbachtal bei Niederdorf wurde der 68 Jahre alte Berginsvalde Dost vom Blich erschlagen. Der Blich fuhr dem Kreis in den Kopf und trat aus der Brust wieder heraus. Hut, Hemd und Hose des Alten wurden zerlegt, die Zigarren, die er bei sich hatte, zerstückelt fortgeschleudert.

Eißberg, Ein Kind überfahren. Das vierjährige Tochterchen des Spinners Wilhelm Hiller lief beim Ueberqueren der Straße in einen Lastkraftwagen hinein und wurde sofort getötet.

Bodenbach i. B., Ein zweiter Frauenmord. In Hoffengarten tötete der 31jährige Bauersohn Josef Windrich seine Braut, die 26jährige Gertrud Hampe, durch einen Schuß durch das Fenster. Der Täter, der den Mut zum vorher beabsichtigten Selbstmord nicht aufbrachte, stellte sich der Polizei. — Der Chemann Spirt, der seine Frau ermordet hatte, gab jetzt zu, daß er zu der Tat von seiner zwanzigjährigen Geliebten Katharina Dürr angezettelt worden sei, die ihm vor einiger Zeit bereits Gift verschaffte, womit er seine Frau vergiften sollte. Die Dürr wurde verhaftet.

Immer mehr Arbeitslose in Nordböhmen

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Nordböhmen ist im August von 115 752 auf 116 362 gestiegen. Gegen Ende Juni, als die in diesem Jahr niedrigste Arbeitslosenzahl von 115 356 zu verzeichnen war, ist demnach eine Zunahme um 1006 eingetreten. Der größte Teil der Arbeitslosen ist lediglich auf die Lebensmittelfabrik im Wert von zehn oder zwanzig Kronen je Woche angewiesen.



Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund

Genf, 18. September. Gleich zu Beginn der Völkerbundsversammlung erteilte der Präsident dem Vorsitzenden des 6. (politischen) Ausschusses, dem Spanier Madariaga, das Wort zur Berichterstattung über die gestrigen Beschlüsse. Madariaga verlas die Entschliessung, in der die Versammlung aufgefordert wird, die Sowjetunion in den Bund aufzunehmen. Er fügte den Wunsch hinzu, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika bald den Weg nach Genf finden möchten.

Dann wurde die Aussprache über den Beschluß des 6. Ausschusses eröffnet. Unter großer Spannung gab Bundesrat Motta die kurze Erklärung ab, daß er bereits gestern alles Grundfähliche vorgebracht habe, was sein Land zu sagen habe. Die Sowjetunion erfülle als Großmacht zweifellos die Bedingungen für einen ständigen Ratsitz. Trotzdem habe er hier zu erklären, daß die Schweiz sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus der Stimme enthalten werde.

Hierauf hielt der irische Delegierte De Valera eine vielbeachtete Rede, in der er zunächst feststellte, daß Motta gestern im Namen der gesamten Christenheit gesprochen habe, die über die Entwicklung in Sowjetrußland schwer beunruhigt sei. Barthous gestrige Erklärung, daß es sich bei Rußlands Aufnahme nur um eine politische Frage handle, sei durchaus nicht überzeugend. Wenn die Christen der Welt ihr Vertrauen in den Völkerbund als Werkzeug der Friedenssicherung verlieren, dann könne der Völkerbund auch seine Aufgaben nicht erfüllen. Die Sowjetunion habe erklärt, daß es sich den Frieden als Ziel seiner Politik setze. Er bitte deshalb die Sowjetregierung, daß sie die Garantien, die sie amerikanischen Bürgern vor einiger Zeit hinsichtlich ihrer Freiheit und der Sicherung ihrer persönlichen und menschlichen Rechte gewährt habe, auch auf die Bürger aller anderen Staaten und auf das russische Volk selbst ausdehne. De Valera fand großen Beifall.

Nach ihm sprachen noch ganz kurz der Vertreter Periens, der Rußlands Eintritt begrüßte, und die Vertreter Argentiniens, Hollands und Portugals. Daran schloß sich dann die Abstimmung, über die bereits berichtet wurde.

Sandler begrüßt die Sowjetdelegation.

Genf, 18. September. Nachdem die Sowjetdelegation nach der Abstimmung die ihr zugewiesenen Plätze eingenommen hatte, wurde sie von Präsident Sandler mit einer kurzen Rede begrüßt. Er bat sie, ihre Plätze in der Versammlung einzunehmen, was aber, wie mit einziger Deutlichkeit bemerkt wurde, die Russen inzwischen schon selbst getan hatten. Sandler betonte, daß die Sowjetunion nunmehr alle Rechte und Pflichten eines Völkerbundsmitgliedes erworben habe. Er begrüße die Russen aufrichtig und herzlich. Der Völkerbund habe sich durch Sowjetrußlands Eintritt sehr wesentlich vergrößert. Der heutige Tag bedeute eine entscheidende Wendung in der Geschichte des Völkerbundes, er eröffne neue Möglichkeiten und sei eine Befestigung dafür, daß der Völkerbund der Verwirklichung zureiche, die stets ein wichtiges Ziel bleiben müsse. Er bitte die Russen, am Friedenswert des Völkerbundes mitzuarbeiten.

Daraufhin bestieg der erste russische Delegierte, Volkskommissar Litwinow, die Rednertribüne. Er wurde mit mächtigem Beifall begrüßt. Die Jupiterlampen wurden für die Photographen eingeschaltet, und Litwinow stand, als seine Rede begann, im grellsten Lichtkegel.

Die Rede Litwinows vor dem Völkerbund.

Genf, 18. September. Litwinow war in einem hellgrauen Anzug erschienen. Er sprach, wie immer, schnell und überkürzt in vielfach unverständlichem Englisch. Schon deshalb konnten seine Worte keine rednerische Wirkung haben. Litwinow dankte zunächst den Mächten, die sich um die Zulassung der Sowjetunion bemüht hatten, vor allem Frankreich, England und Italien. Litwinow machte den Versuch, der kritischen Stimmung der Verhandlung durch eine Darstellung der Lage in Sowjetrußland entgegenzutreten, die aber zweifellos scharfem Widerspruch begegnete. So behauptete er, daß sich die Russen und Völker in der Räteunion frei entwickeln und ihrer Kultur gemäß leben könnten. Es gebe in der Sowjetunion kein Perurteil gegen Klassen oder Nationen und es gebe auch keine Mehrheit und keine Minderheit, da Gleichberechtigung herrsche. Die Sowjetunion habe sogar Nationen, die im Verfall waren, wieder zum Leben erweckt. Ein Zeichen für die russische Toleranz und für die Völsseitigkeit des russischen Völkerlebens sei die Tatsache, daß die russische Presse in fünfzig Sprachen erscheine.

Der russische Außenkommissar betonte, daß die Voraussetzungen für Rußlands Mitarbeit und Zusammenarbeit mit den anderen Staaten in Genf der Grundgedanke der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates sein müsse. Jeder Staat müsse das Recht haben, sich nach seinen Bedürfnissen zu entwickeln. Rußland sei hier der Vertreter eines neuen Systems, vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft. Sowjetrußland werde auch in Zukunft auf seine Besonderheiten verzichten.

Litwinow suchte dann der Versammlung Harzuzumachen, daß Rußland schon seit Jahren mitten in der internationalen Zusammenarbeit stehe und in Genf keineswegs ein Neuling sei. Er erinnerte vor allem an Rußlands Beteiligung bei den verschiedenen internationalen Konferenzen, die zum Teil vom Völkerbund selbst organisiert worden waren, und vor allem an seine Tätigkeit in der Abrüstungskonferenz. Rußland habe sich bekanntlich mit jeder brauchbaren Abrüstungsmassnahme einverstanden erklärt. Durch die Definition des Angreifers habe es wesentlich an der Klärung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage mitgearbeitet.

Auch im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Litwinow von Rußlands Arbeit für den Frieden und den Möglichkeiten, die die Mitwirkung der Sowjetunion im Völkerbund seiner Meinung nach eröffnen. Dann fiel das Wort „Krieg“. Vor fünfzehn Jahren, als der Völkerbund gegründet wurde, führte Litwinow aus, habe man sich die gegenwärtige Lage noch nicht vorstellen können. Jetzt aber sei der Krieg die Gefahr von heute. Der Völkerbund müsse sich der Organisation des Krieges entgegenstellen. Jeder Staat müsse wissen, daß ein Krieg nicht mehr örtlich begrenzt werden könne und daß auch die neutralen Staaten schwer unter ihm leiden würden. Noch immer seien dieurchbaren Wirkungen des Weltkrieges nicht überwunden. Deshalb müßten verstärkte Sicherheitsgarantien verlangt werden. Freilich kenne niemand so gut wie er die Grenzen, die der Friedenssicherung des Völkerbundes gesetzt seien. Aber bei gutem Willen lasse sich unter Mitwirkung der Sowjetunion zweifellos auch hier ein Erfolg erreichen. Als Litwinow seine Rede beendet hatte, war der Beifall etwas stärker als am Anfang, aber immer noch erheb-

lich unter dem Durchschnitt. Obgleich die meisten Delegationen und die Tribünenbesucher zweifellos nur zum geringen Teil die Rede verstanden hatten, verlief doch alles den Saal, als die Uebersetzung der Litwinow-Rede begann. Nur ganz wenige Delegationen hielten bis zum Schluß auf ihren Plätzen aus, so daß die russische Delegation schließlich fast allein zwischen leeren Bänken lag. Sobald die Uebersetzung beendet war, schloß der Präsident die Sitzung. Die russische Delegation fuhr diesmal im Auto auf dem normalen Wege ab, wobei einige Anhänger des Sowjetismus, meist junge Burken, klatschten. Auch einige Gegenrufe waren zu hören. Die Ordnung wurde aber nicht gestört.

Die Sowjetunion erhält einen ständigen Ratsitz.

Genf, 18. September. Bei der zweiten Abstimmung wurden für die Sowjetunion 40 Stimmen bei 50 anwesenden Staaten abgegeben bei 10 Stimmenthaltungen. Rein-Stimmen wurden nicht abgegeben. Der Präsident stellte daraufhin fest, daß die Sowjetunion einen ständigen Ratsitz erhalten habe. Kurz darauf, um 7.15 Uhr, betrat die Sowjetdelegation unter Führung von Litwinow den Saal und nahm unter sehr schwachem Beifall den für sie vorgesehenen Platz ein. Einige Delegierte, darunter Titulescu, begaben sich zu den Bänken der Russen, um sie zu begrüßen und zu beglückwünschen.

Es stellte sich im übrigen heraus, daß die Russen schon lange vorher durch einen Nebeneingang in das Gebäude gelangt waren, während eine sich allmählich verstärkende Menge auf der Straße noch auf ihre An- fahrt wartete.

In den nächsten Tagen keine Vollversammlung des Völkerbundes

Genf, 19. September. Die Vollversammlung des Völkerbundes wird voraussichtlich einige Tage lang nicht mehr einberufen werden, nachdem sie ihre Hauptaufgabe, die Aufnahme der Sowjetunion, erfüllt hat. Statt dessen werden die anderen Organe des Völkerbundes, der Völkerbundsrat und die verschiedenen Kommissionen der Völkerbundsversammlung arbeiten. Dabei muß bedacht werden, daß in der 6. (politischen) Kommission alle Völkerbundsstaaten vertreten sind, wie in der Völkerbundsversammlung selbst. So kommt es, daß Aussprachen in dieser Kommission häufig die der Völkerbundsversammlung an Bedeutung übertreffen.

Der Völkerbundsrat wird sich heute vormittag zunächst in geheimer Sitzung mit einigen kleineren Fragen befassen, die mit der Saara-Abstimmung zusammenhängen. Es handelt sich dabei um die Erhebung eines Richters beim Obersten Abstimmungsgericht, um Gehaltsfestsetzungen für Beamte der Abstimmungskommission und um die Anerkennung der diplomatischen Vorrechte und der diplomatischen Immunität für einzelne Mitglieder der Abstimmungsorganisation. In öffentlicher Sitzung wird sich der Völkerbundsrat dann unter anderem mit Minoritätenfragen in Oberschlesien und mit der Verhinderung des Waffentransportes nach Bolivien und Paragway befassen.

Das Hauptinteresse bei dieser Ratssitzung nimmt natürlich das erstmalige Erscheinen der Sowjetrußen in Anspruch. Litwinow wird den 16. neugeschaffenen Ratsitz einnehmen. Gleichzeitig werden die neugewählten Ratsmitglieder Spanien, Chile und die Türkei schon an Stelle der alten anwesend sein, wobei allerdings Spanien nur wiedergewählt worden ist.

Besser zweiseitige Verträge als Völkerbundsabmachungen.

Polen und Sowjetrußlands Beitritt in den Völkerbund.

Warschau, 19. September. Die „Gazeta Polska“ nimmt zu mehreren nicht richtig gesehenen Darstellungen über die Haltung Polens zum Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund Stellung. Vor allem beschäftigt sich das Blatt mit dem Gerücht, wonach Polen dem Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund oder zum Völkerbundsrat ablehnend gegenüberstehen soll. Polen, so schreibt das Blatt, habe mit Sowjetrußland gutnachbarliche Beziehungen unterhalten und mit Sowjetrußland zu einer Zeit einen Nichtangriffspakt geschlossen, als andere Staaten zu einem solchen Schritt keinerlei Reizung zeigten. Die enge Nachbarschaft, mit der Sowjetunion habe Polen seit langem die Notwendigkeit voraussehen lassen, die gutnachbarlichen Beziehungen zu normalisieren. Das sei vollkommen unabhängig auf dem Wege zweiseitiger Verhandlungen erfolgt, Verhandlungen, die von Erfolg gekrönt seien. Polen lege den Ergebnissen dieser Verhandlungen große Bedeutung bei. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund habe nach Polens Meinung die Feststellung notwendig gemacht, daß die polnisch-sowjetrußischen Beziehungen sich in Zukunft vor allem auf diese zweiseitigen Abmachungen gründen werden.

Polen betrachte diese Abmachungen als eine bedeutendere Grundlage für eine gute Nachbarschaft als den Völkerbundsvertrag.

Es müsse festgestellt werden, daß zweiseitige Verträge zwischen benachbarten Staaten wirksamer und praktischer seien als allgemeine Abkommen. Es sei bekannt, daß der Völkerbundsvertrag in der Praxis nicht ein einziges Problem gelöst habe, das sich auf die guten Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes beziehe. Zum Beweis dafür könne man die Kriege anführen, die zwischen Mitgliedern des Völkerbundes geführt worden seien. Polens Beziehungen zu Deutschland hätten während der Zeit, in der beide Staaten dem Völkerbunde angehört, keinerlei Besserung erfahren. Im Gegenteil, das Minderheitenverfahren des Völkerbundes habe ständig heftiger, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verschlimmern. Es sei also natürlich, wenn man ausdrücklich feststelle, daß die Tatsache des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund keinen Verzicht auf die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion zugunsten neuer Grundzüge darstelle. Die feste Art, mit der Polen die Frage der Minderheitenverträge gestellt habe, sei weder zeitlich noch inhaltlich an die polnisch-sowjetrußischen Beziehungen gebunden.

China erteilt einen ständigen Ratsitz.

Schanghai, 19. September. Das Ansehen des Völkerbundes ist in China infolge der Verweigerung der Wiederwahl Chinas in den Völkerbundsrat stark gesunken. Diese Stimmung kommt auch in der chinesischen Presse zum Ausdruck, die eine Neuorientierung der chinesischen Politik mit dem Ziel eines ständigen Ratsitzes ankündigt. Das Nanfing-Regie-

tungsblatt „Chungwangjü“ führt den Fehlschlag Chinas in Genf auf die geringe Militärstärke Chinas zurück. Die Schwäche des Völkerbundes habe sich bei dem Konflikt um die Mandchurei deutlich gezeigt. Der Ausschluß Chinas aus dem Rat beweise erneut das Unverständnis des Völkerbundes für die Gerechtigkeit. Dennoch sei kein hinreichender Grund für einen Austritt Chinas aus dem Völkerbund vorhanden. China müsse vielmehr alle Anstrengungen machen, um einen ständigen Ratsitz zu erhalten. Die „Sungpao“-Zeitung „Sungpao“ bemängelt die diplomatischen Leistungen und die falsche Politik übergroßen Vertrauens auf den Völkerbund, dessen Schwäche erneut bewiesen sei. China könne nur sein Vertrauen auf die eigene Volksherrschaft gründen. Das Blatt „Shihhsinpaow“ erklärt in dem Zusammenhang über den chinesischen Ratsitz einen Beweis für das mangelhafte Verständnis des Völkerbundes für die Lage im Fernen Osten. Scharfste Kritik übt auch die Zeitung der Kuomintang, „Kingspao“.

Reichsminister Dr. Goebbels auf dem Bäderberg.

Sameln, 18. September. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda nahm heute eine Besichtigung der Vorarbeiten zum Erntedanktag auf dem Bäderberg vor. Der Minister traf mit Obergruppenführer Dietrich, dem Vertreter des Reichsbauernführers, mit Major v. Kehler, dem verantwortlichen Mitarbeiter seines Reichsministeriums, um 10 Uhr in Sameln ein. Der Minister fand im Kreishaus unter Leitung von Dr. Goebbels eine Besprechung aller an den Vorbereitungen beteiligten Vertreter und Behördenvertreter statt. Eine große Menschenmenge begrüßte den Minister begeistert in den Straßen von Sameln, als er nach Beendigung der Besprechung zusammen mit den Führern der Partei, der SA, SS und des Arbeitsdienstes, den Vertretern der Reichswehr und der Provinzial-, Kreis- und städtischen Behörden sowie den Leitern der beteiligten Polizeikräfte zum Bäderberg fuhr. An Ort und Stelle wurden in einer einstündigen Aussprache noch einmal alle Einzelheiten der Erntedanktagfeier durchgesprochen und die Zuständigkeiten verteilt. Eine Abordnung des Arbeitsdienstes der am Bäderberg befindlichen Lager sowie die Reichsleiter und Reichspropagandaleiter von Süd-Hannover-Braunschweig, NSDAP, wurden von Dr. Goebbels begrüßt. Die Vorbereitungen zur Bäderberg-Feier sind nunmehr weit getroffen, daß ein reibungsloser Verlauf des Erntedankfestes gewährleistet ist. Das endgültige Programm für den Erntedanktag wird in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Ehrung der am Europaflug beteiligten deutschen Mannschaften.

Bekehr im Präsidium des Aeroklubs von Deutschland.

Berlin, 19. September. Der Aeroklub von Deutschland veranlaßte am Dienstagabend zur Bereitung der Erntedankfestfeier des Europafluges die Mannschaften der am Europaflug beteiligten deutschen Flugzeuge sowie zahlreiche Angehörige des deutschen Flugwesens, Vertreter der Luftfahrt und der Industrie. Man sah u. a. Flieger-Commodes, Christianen und die Flugzeugkonstrukteure Pfeiseler, Direktor Schwarzkopf von den Bayerischen Flugzeugwerken, Siebel von der Firma Klemm. Die Gäste wurden von dem Präsidenten des Aeroklubs, Major a. D. v. Kehler, begrüßt. Staatssekretär Milch überbrachte die Grüße des Reichsluftfahrtministers und begrüßte gleichzeitig die Besatzungen, die sich im Europaflug auf einem schwierigen Posten mit solchem Erfolg und so vollem Einsatz für die deutsche Luftfahrt geschäftig haben. Staatssekretär Milch teilte mit, daß Major a. D. v. Kehler den Posten des Präsidenten des Aeroklubs nicht zuletzt beabsichtige, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Der Staatssekretär gedachte in warmen Worten der Verdienste, die sich v. Kehler in den langen Jahren für die Wirkung nicht nur in Deutschland, sondern auch für die Ansehen der deutschen Luftfahrt im Ausland erworben habe. Gleichzeitig machte er Mitteilung von dem Wunsch Major v. Kehler, daß Herr v. Gronau an seiner Stelle die Präsidentenschaft des Aeroklubs übernehmen möchte. Staatssekretär Milch wies weiter darauf hin, daß im Anschluß an die Bereitung der Gaben für die am Europaflug beteiligten Mannschaften auch dem Flugzeugkonstrukteur Pfeiseler der Preis für die Weltumflerung im Rufstift überreicht werden solle. Der frangösisch-Aeroklub hatte dem Aeroklub von Deutschland den Preis der Bitte übermitteln, diesen bei einer postwendenden Gelegenheit zu überreichen. Nach der Ansprache des Staatssekretärs rief Herr v. Gronau die Besatzungen einzeln an den Gabentisch und überreichte jedem Mitglied ein von opferwilligen Spendern gestiftetes Gaben.

Riesenbrand auf dem Gelände des Sostoter Hauptbahnhofs.

Sofia, 18. September. In den großen Materialdepots der bulgarischen Eisenbahn, die sich in unmittelbarer Nähe des Sostoter Hauptbahnhofs befinden, brach in den Abendstunden des Dienstags Feuer aus, das sich in kürzester Zeit über das ganze Gelände ausbreitete, wobei dem riesigen Mengen Holz, Leinwand, Benzin, Petroleum und andere leicht brennbare Stoffe eingelagert sind. Das Feuer auch die anliegenden Güterschuppen bedroht, wobei die gesamte hauptstädtische Feuerwehr eingesetzt, die dessen dem Riesenbrand machtlos gegenübersteht und darauf beschränken muß, ein Uebergreifen des Feuers auf die angrenzenden Gebäude zu verhindern. Zur Unterstützung der Feuerwehren sind auch die beiden Polizeidivisionen der Sostoter Garnison alarmiert worden. Die Brandstätte, deren Feuerchein das ganze Bahnhofsviertel taghell erleuchtet, ist von den Truppen abgesperrt, da wegen der großen Benzin- und Petroleumvorräte in der Nähe des Brandherdes Explosionsgefahr besteht. Das Feuer hält zur Stunde noch mit elementarer Gewalt an. Menschenleben sollen nach den bisherigen Meldungen nicht zu beklagen sein. Sämtliche umliegenden Gebäude sind durch die Feuerstrahlen in die Gefahr der Schade als außerordentlich groß bezuschlagt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist das Feuer an mehreren Stellen zugleich ausgebrochen, so daß man eine Entstehung vermutet. Einige Depotarbeiter, die in den letzten Tagen entlassen worden waren, wurden als der Entstehung verdächtig festgenommen.

* Holzwolfesfabrik eingäschert. — Gesamtschaden rund 55 000 RM.

Kegnsburg, 19. September. Von einer schweren Brandkatastrophe wurde am Dienstagmorgen die Holzwolfesfabrik Gebr. Winterling in Regenstau bei Regenstau heimgeführt. Gegen 17.15 Uhr brach neben der Fabrik



Militarismus im Höchststadium.

Soldaten vom 8. Lebensjahr ab in Italien.

Rom, 18. Septbr. Der italienische Ministerrat, der schon am Sonnabend der vergangenen Woche tagen sollte und infolge der Abwesenheit Mussolinis verlegt wurde, ist am Dienstag unter der Präsidentschaft des Regierungschefs zusammengetreten. Auf dem Programm standen diesmal die vormilitärische und die nachmilitärische Ausbildung. Der Ministerrat billigte auf Vorschlag des Regierungschefs folgende Gesetzentwürfe:

1. Einen Gesetzentwurf für die vormilitärische Ausbildung, die die männliche Jugend vom 8. bis zum 21. Lebensjahre in den Jugendorganisationen geistig, körperlich und militärisch erziehen soll.

2. Einen Gesetzentwurf für die nachmilitärische Ausbildung, die den Zweck hat, nach der Dienstzeit den militärischen Geist und die Kameradschaft wachzuhalten und die ausgebildeten Soldaten in ihren diesbezüglichen militärischen Funktionen sowie mit allen kriegstechnischen Einrichtungen und Fortschritten auf der Höhe zu halten. Diese nachmilitärische Ausbildung ist bis zum 10. Jahre nach Ablauf der aktiven Dienstzeit Pflicht und kommt, je nach Waffengattung, nur für Festtage oder für eine kurze Zeitspanne in Frage.

Weiter ist vom Ministerrat ein Gesetzentwurf gebilligt worden, der militärische Ausbildungskurse an den Mittels- und Hochschulen vorsieht.

Die anderen Länder werden dem Beispiel folgen.

Paris, 19. Septbr. Die Nachrichten von der Militarisierung des italienischen Volkes haben in Paris ein gewisses Aufsehen erregt, wenn sie auch noch nicht allgemein besprochen werden. Der „Matin“ schreibt, Italien wolle sich seinen Weg, um sich ständig als Großmacht zu verankern. Infolgedessen bringe es die spartanische Auffassung zur Anwendung: Männer und Frauen im Dienste des Landes. Es sei zwecklos, sich die Rückwirkungen zu verhehlen, die dieser neue diplomatische Faktor der Militarisierung im Auslande hervorrufen könne. Denn Italien werde bei den europäischen Verhandlungen über eine Million Soldaten in die Waagschale werfen können. Das italienische Beispiel werde notwendigerweise entscheidende militärische Reformen bei den anderen Ländern zur Folge haben, die leider nicht alle über die gleiche Bevölkerungsdichte und nationale Disziplin verfügen wie Italien.

In einem Artikel des „Echo de Paris“ wird auf Grund der Erfahrung der letzten Manöver eine schnelle Verbesserung des französischen Heeres gefordert. Die Ausführungen im französischen Heer seien tadellos, aber es fehle ein großer Teil des erforderlichen Materials. Ein Volkshochschulwesen müsse durch ein zweites Heer, ein Berufsheer, ergänzt werden, das als Stoßtrupp schnelle Verwendung finden könne.

Der Geist der „Verjöhnung“.

Bei einem Fest des Bundes der Deutschen in Elnstedel in Marienbad soll eine tschechosozialistische Versammlung von einem bisher nicht ermittelten Täter veranstaltet worden sein. Diese Meldung wurde von tschechischen Blättern mit Freude aufgenommen und zu einer maßgebenden Seite gegen den Bund, seine Amtswalter, die deutsche Gemeindevertretung von Elnstedel und das Sudetenland überhaupt ausgenützt. Der tschechische Schutzverband für Nordböhmen hielt sogar eine Protestversammlung in Elnstedel ab, in welcher der tschechisch-agrarische Abgeordnete Dubich eine hagerfüllte, von Unwahrheiten und Uebertreibungen strotzende Rede an der Entehrung der Staatsflagge beteiligten Personen und erklärte, daß im deutschen Gebiet der Staat deshalb die ihr gebührende Ehrung nicht zuteil werden, weil man den Deutschen größere Rechte eingeräumt habe, als ihnen gebühren. Die Benevolenz der Tschechen nationalen Fragen werde als Schwäche angesehen. Die tschechischen, vom Staate bezahlten Lehrer, die die Beleidigungen der Staatsflagge angeklagt haben, müssen besonders bestraft werden. Die ganze Administration habe in dem Gebiet des Staatsgedankens zu stehen. In das deutsche Gebiet dürften keine schwachen und unentschlossenen Kräfte verbracht werden. Den deutschen Fabrikanten warf Dubich vor, daß sie in ihren Diensten zu viel Reichsdeutsche beschäftigten. In Karlsbad gibt es keinen tschechischen Klub, Architekten, auch im Krankenhaus beherrscht nicht die tschechische Sprache. Ähnlich liegen die Dinge in Elnstedel und Franzensbad. Um jede zweisprachige Aufschrift muß schwer gekämpft werden. Die Fremden sind im Lande, ob sie sich in Deutschland oder in der Tschechoslowakei befinden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen hat Abgeordneter Dubich auf Marienbad zu sprechen erklärt, daß an der Spitze des Prämonstratenserordens, Marienbad gehört, der bekannte Tschechenhasser Abt Kutschera steht. Nachdem das Bodenamt diesen Reservenbesitz genommen hatte, wurde trotz dringlichen Appells der tschechischen Bevölkerung der ganze Fragenkomplex bis zum nächsten Tage noch nicht endgültig erledigt. Zehn Jahre nach dem Bodenbesitz wird in Marienbad ein Reichsbauamt gebildet, welches die Tschechen staatlich, national und wirtschaftlich schädigt. Das ganze tschechische Volk fordert, das ganze Problem Marienbad im Sinne des Bodenbesitzes gelöst und die Objekte des Ordens in staatliche Verwaltung übergeben. Alle von Dubich aufgestellten Forderungen wurden in eine Resolution aufgenommen, die einstimmige Annahme fand. Dieser Rede herrscht im sudetendeutschen Lager allgemeine Empörung.

Geltfame Polizeiauslese im Saargebiet.

Zwei Brüder, 19. September. Für die Personalpolitik der Saarpolizei ist die Neuanwerbung von Polizeibeamten folgende Fälle bezeichnend, über die bereits an die Regierungskommission eine öffentliche Anfrage gerichtet worden ist. Es wurden neu eingestellt in die Landespolizei: 1. Der beim Bübinger Ueberfall auf die Hitlerjugend ver-

haftete und zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilte Nikolaus Konrad, der nach Verbüßung eines Teiles seiner Strafe auf Grund der kürzlichen Amnestieverordnung der Regierungskommission freigelassen wurde. 2. Der früher in Deutschland als Kommunistenführer tätige Bitter, 3. Die bekannte Oberdöllinger Antifaschisten Grün und Bräuning. Diese Fälle sind um so schwerwiegender, als die Regierungskommission ausdrücklich politische Neutralität als Voraussetzung für Neueinstellungen in die Polizei bezeichnet hatte. Es ist nicht verwunderlich, wenn nach solchem Vorfalle das Vertrauen der Saarbevölkerung in die Objektivität und Neutralität der Saarregierung auf ein Minimum gesunken ist. Allgemein ist man der Ueberzeugung, daß nach den früheren bekannten Mißgriffen bei Einstellung von Polizeibeamten durch die neuen Zwischenfälle erst recht die Unfähigkeit der Saarregierung, in der Polizeifrage irgendwie mitzuwirken, unter Beweis gestellt ist.

Aus aller Welt.

Der Vorsitzende des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes und seine Gattin verhaftet. Der Vorsitzende des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes, Generaldirektor Hermann Neubacher in Wien, und seine Gattin wurden verhaftet. Die Gründe zu diesem Schritt sind unbekannt. Neubacher war Generaldirektor der Gesiba, eines Siedlungsbaunternehmens, dessen Aktien sich im Besitz der Gemeinde Wien befinden.

Verhaftung zweier Reichsdeutscher in Eger. Auf der Rückreise vom Nürnberger Parteitag wurden am 12. September die deutschen Reichsangehörigen, Geschwister Eugen und Gertrude Seiffert-Reisenberger, die Kinder eines Subaposters reichsdeutscher Journalisten, auf dem Bahnhofe in Eger verhaftet und in Polizeiarrest gebracht. Gertrude Seiffert ist 13 Jahre, Eugen Seiffert 17 Jahre alt. Das Mädchen wurde, nachdem es eine Nacht im Polizeiarrest verbracht hatte, ohne überhaupt vernommen zu werden, wieder aus der Haft entlassen. In demselben Polizeiarrest, in dem sich das Kind über Nacht befand, waren auch Zuhälter und Prostituierte untergebracht. Eugen Seiffert wurde dem Kreisgericht in Eger vorgeführt. Er befindet sich heute noch im Gefängnis. Als Grund für die Verhaftung wurde angegeben, daß in dem Gepä-

ck der Geschwister Seiffert zwei Uniformen der Hitlerjugend, einige Zeitungen, Briefe, Druckfachen und Aufnahmen vom Nürnberger Parteitag vorgefunden wurden. — Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, hat wegen der Freilassung des noch in Haft befindlichen Eugen Seiffert sofort die nötigen Schritte beim Prager Auswärtigen Amt unternommen.

Die Textilarbeitergewerkschaft beschließt Ausdehnung des Generalstreiks. Der Vollzugsrat der amerikanischen Textilarbeitergewerkschaft hat den Streikentscheidungs ermächtigt, auch für die übrigen angeschlossenen Gewerkschaften der Ausschleidenindustrie, der chemischen Reinigung, der Wirkwarenindustrie usw. den Generalstreik zu erklären. Der Vorsitzende des Streikentschusses, Gorman, erklärte, daß der Sympathiestreik spätestens am Montag beginnen werde. Durch die Streikausdehnung würden weitere 100 000 Arbeiter betroffen.

Die Untersuchung der Brandes auf der „Morro Castle“. Im weiteren Verlauf der Untersuchung des Brandunglücks auf dem Dampfer „Morro Castle“ wurde festgestellt, daß der stellvertretende Kapitän Warren im Jahre 1926 als Kapitän des Ward-Dampfers „Dumuri“ zehn Tage vom Dienst entlassen wurde, da er die vorgeschriebenen Feuerübungen nicht ausgeführt hat.

Der Vetter des Sultans von Marokko ertrank. Aus Paris wird gemeldet: Der Vetter des Sultans von Marokko, der junge Student Mohammed Ben Nukai Amor schwamm an der Küste von Mazagan zu weit ins Meer hinaus und verank vor den Augen der Badegäste, ohne daß ihm Hilfe gebracht werden konnte. Die Leiche ist bisher noch nicht geborgen worden.

12 Beteiligte an der radikalistischen Verschwörung in Guatemala hingerichtet. Guatemala, 19. September. Am Dienstag um 16 Uhr wurden zwölf Beteiligte an der radikalistischen Verschwörung, die am 11. September aufgedeckt worden war, erschossen. Das Kriegsgericht hatte sie zum Tode verurteilt. Sie hatten Anschläge auf hohe Regierungsbeamte, darunter den Präsidenten Ubico, geplant. Außerdem sollten besonders Banken und Privathäuser geplündert werden. Die Polizei, die mehrere Monate hindurch das Treiben der Verschwörer beobachtet hatte, fand im Hause des Rädelsführers Waffen, Munition und Bomben. Die Hingerichteten waren größtenteils Politiker.

Das Weisse Gift
Roman von Edgar May
(Nachdruck verboten.)

„Wem gehört die Fabrik?“ war des Fremden Frage.
„Ein paar Herren aus Providence, achtbare, ansehnliche Leute — sonst.“
„Auch Newporter daran beteiligt?“
„Soviel ich weiß, nicht. Sie soll übrigens jetzt verfallen werden. Die Besitzer haben ein vorläufiges Anbot erhalten. Der Direktor steht, wie ich höre, dahinter. Ich möchte, daß fremdes Kapital daran interessiert ist. Wenn es wäre, würde es mich nicht, die Sache rentiert sich ausnehmend.“

Zwei schwere Lastwagen fuhren rasselnd und potternd über das Pflaster am Hotel vorbei.
„Die gehören der Konfervenfabrik“, bemerkte der Fremde auf den fragenden Blick seines Gastes. „Sie sind den frischen Gang von den Fischern aus allen Richtungen in der Nähe ab. Das geht so bis in die späten Stunden hinein.“

„Von außen kam, durch die verglaste Veranda deutlich zu sehen, ein glühendes, sauchendes Geräusch, das vom Hofe aufstieg und sodann hoch in der Luft in einem dumpfen Knall abfiel. Danach wurde die Umgebung des Hofes einige Sekunden von einem Lichtschein in roten, orangefarbenen und gelben Farben überzogen.“

„Katastrophe!“ rief der Fremde. „Was hat das zu bedeuten?“ Das Schauspiel wiederholte sich fünfmal in rascher Folge.
„Zieh dein Boot mehr einfahren darf. Eine neue Konstruktion unserer Küstenwache, seit dieser Kaufschiff-Verkaufsgesellschaft. Jeden Abend bei Anbruch der Dunkelheit wird es das Feuerwerk.“

„Sie haben eine Küstenwache hier?“ fragte der Fremde interessiert.
„Ja“, antwortete der Hotelier, „seit einigen Jahren. Oben auf dem Hügel hat sie ihre Station. Ein Boot wacht leuchten sie mit einem Scheinwerfer das Meer ab. Sie werden es gleich sehen. Zehn Minuten nach der Dunkelheit fängt es an. Jedes Schiff, das über die Küstenwachen herankommt, wird angehalten.“

„Da ist wohl ein Schmutz von der See her vollkommen ausgeschlossen?“ fragte Mr. Jones aus Boston.
„Vollkommen“, erklärte der Hotelier aus Ueberzeugung. „Keine Siednadel könnte unbemerkt hereinkommen. Und nicht nur hier, die ganze Küste entlang ist es so. Alle zehn Meilen gibt eine Station, und ich sage Ihnen, die Leute passen höchst auf.“

Nach dem Abendessen erklärte Mr. Jones, noch einen Spaziergang machen zu wollen. Er sei das gewohnt, sonst habe er nicht die richtige Weltanschauung.
„Wie lange halten Sie auf?“ fragte er.
Der Herr seufzte. „Solange Gäste da sind“, erwiderte er. „Um neun Uhr geht der letzte gewöhnlich. Dann kriechen auch wir, meine Frau und ich, ins Bett. Was kann man denn in dem Rest anderes machen als schlafen? Aber wenn es Ihnen recht ist, gebe ich Ihnen den Hauschlüssel, dann können Sie sich selbst hereinlassen.“

Mr. Jones war es recht. Als er sich hereinließ, hatte die Turmuhr schon längst Mitternacht geschlagen. Der Fremde war offenbar der Ansicht, daß man in dem Rest doch noch anderes tun könnte als schlafen.

Schwerer schien es ihm zu fallen, sich tagsüber zu beschäftigen. Als der Garagenbesitzer meldete, daß vielleicht eine Woche hingehen werde, bevor die Ersatzteile kämen, mietete Mr. Jones in Barnstable ein Auto, um, wie er angab, seine Geschäftsreise durch die Küstenorte fortzusetzen. Er werde aber Springhill als Stützpunkt benutzen. Danach fuhr er jeden Morgen mit seinem geliebten Ford in die Landschaft hinein und kehrte früh am Nachmittag wieder zurück. Von seiner Fahrt brachte er stets die neuesten Zeitungen mit, die er, auf dem feinen Sand des Badestrandes hingestreckt, las, wenn er nicht vor sich hin träumte, bis die Sonne unter dem Horizont verschwand. Diese Beschäftigung hatte ihm in Springhill den Ruf eines Melancholikers eingetragen, oder, wie man es dort ausdrückte, den eines Menschen, der einen Klaps auf der Leber hat.

Einmal — fast eine Woche seines unwilligen Aufenthaltes in Springhill war vergangen — bildete auch ein Brief, den er von seiner Fahrt mitgebracht hatte, den Gegenstand seiner Nachmittagslektüre. Er war aus Pittsburg datiert und die Adresse lautete: „Mr. William Jones, postlagernd Barnstable.“

Der Empfänger entfaltete den Brief zum zweiten Male, seit er ihm ausgehändigt worden war, und las ihn aufmerksam durch.

„Lieber Fred!“ begann das Schreiben.
„Nachdem ich Washington erlebt habe, bin ich hier angelegt. Meine Adresse ersiehst du aus dem Briefkopf. Die Kreditbrieftangelegenheit ist weit interessanter als ich gedacht habe. Es handelt sich um den raffinierten Schwindel, der den Banken, bei denen die Fälschungen vorkamen, je untergekommen ist. Nach ihrer Ansicht muß der Fälscher einen Helfer in der Bank selbst haben. Dort müßte daher der Hebel angelegt werden. Das Herumreisen hinter einem Menschen her, der längst über alle Berge ist, wenn ich komme, ist sinnlos. Ich werde aber getrennt Deine Anweisungen weiterhandeln.“

Wo bleibt die Nachricht, die mich zu Dir rufen soll? Aus Deinem Brief, den ich in Washington erhalten habe, erfuhr ich, daß Du von Deinen Nachforschungen sehr befriedigt bist. Ich verberge vor Neugierde, ihr Ergebnis zu erfahren. Wenn ich Dein Telegramm erhalte, nehme ich ein Flugzeug bis Providence und von dort ein Mietauto. Ich kann in fünf bis sechs Stunden bei Dir sein, sofern Deine Nachricht bis zehn Uhr morgens eintrifft.“

Der zweite Gegenstand, dem der einsame Träumer sein Interesse zuwandte ein noch tieferes, während die trüg herabtauchenden Wellenkämme den Uferstrand vor ihm belebten, war ein kurzer Artikel in der Newporter „Herald Tribune“, einer von jenen, die unter der Ägide „Aus der Gesellschaft“ eine länderweite Einrichtung sowie eine Eigenart der amerikanischen Presse bilden.

Wie uns der „Herald Tribune“-Korrespondent in Hamilton drabht, ist die Dampfschiff „Kajade“ mit kurzem Aufenthalt in den Bermudas eingelaufen. Diese Reise hat sich bisher so erfolgreich gestaltet, daß sie auf Wunsch sämtlicher Gäste bis Rio de Janeiro ausgedehnt wird, anstatt, wie zuerst beabsichtigt war, in Miami ihr Ende zu finden, von wo aus ein Teil der Reisefreudigen per Bahn nach Newyork zurückkehren wollte. Unter den Gästen von Mrs. van Schuyler befindet sich, wie bereits gemeldet, Miss Allan Cortland, deren ungewöhnliches Abenteuer vor einiger Zeit ganz Newyork in Atem gehalten hat, und Prinz Wittgenburg, ein Sprößling des alten deutschen Fürstengeschlechts gleichen Namens und die neueste Akquisition der Newporter Gesellschaft. Wie der „Herald Tribune“-Korrespondent weiter erzählt, sollen einige zarte Beziehungen, die sich, wie nicht zu verwundern, auf der Nachfahrt angesponnen haben, soweit gegeben sein, daß eine oder die andere Verlobungsanzeige alsbald erwartet werden darf.“ (Fortsetzung folgt.)



Staatshilfe für die Unwettergeschädigten

Auf die Kunde von den schweren Unwettergeschäden im Oestlichen Erzgebirge hat sich die Sächsische Staatsregierung sofort an Ort und Stelle begeben, um einen Ueberblick über die Schäden zu gewinnen und sich ein Bild davon machen zu können, welche Hilfsmassnahmen getroffen werden müssen.

In den Morgenstunden des Dienstag fuhr Innenminister Dr. Fritsch in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. von Burgsdorf, des Staatskommissars für Arbeitsbeschaffung, Haase, und Stabsleiters Harbauer in das vom Unwetter heimgesuchte Gebiet. Im Laufe des Vormittags trafen auch Finanzminister Kampfs mit seinen Beamten, Wirtschaftskommissar Lent mit Beamten seines Ministeriums und Arbeitsminister Dr. Schmidt sowie Landesstellenleiter Salzmann im Gebiet um den Luchberg ein. Wie bis jetzt bekanntgeworden ist, beabsichtigt die Sächsische Staatsregierung, eine Hilfsaktion einzuleiten, um dort einzugreifen, wo dringende Hilfe notwendig sein wird.

Auch die Leisniger Pflege vom Unwetter betroffen

Zur gleichen Zeit, als im Oestlichen Erzgebirge ein Wollenbruch mehrere Ortschaften heimsuchte, wurde auch der nördliche Teil der Leisniger Pflege von einem furchtbaren und die Winterlaaten vernichtet wurden. Am schwersten waren Wollenbruch mit schwarzem Hagelschlag betroffen, durch den nahezu die gesamte noch ausstehende Obstternte betroffen wurden die Orte Görsch, Jennewitz, Jeschwitz und Elennen.

Dienstag früh waren die Spuren des furchtbaren Unwetters noch deutlich sichtbar. Im Freigut Bennewitz hat das Unwetter schweren Schaden angerichtet. Am Montag, kurz nach 5 Uhr, setzte der Wollenbruch ein und dauerte eine halbe Stunde. In dieser Zeit kamen ungeheure Wassermengen und Hagelkörner vom Himmel herunter, die auf den Feldern die gesamte Saat herausrissen. Die Strahe war mit einer 25 Zentimeter hohen Wassermenge bedeckt, die mit Geschwindigkeit in den Hof des Gutes eindringte, der in kurzer Zeit einen See bildete. Das Sammelbecken bildete ein natürliches Teich; Dienstag früh aber bestand der Teich nur noch aus einer Schlammrinne. Auch hier kam das Wasser noch nicht zum Stillstand; es wälzte sich in einem zehn Meter breiten Strom die Wiesen herunter zum Gorngrund und riss alles mit sich, was sich ihm in den Weg stellte. In Görsch hatte die Gewalt des Wassers zwei Mauern eingedrückt. In Leutenwitz ist ebenfalls die gesamte Winterfaat herausgerissen worden. Die Wassermassen stauteten in das Dorf und überschwemmten Keller, in die seit Menschengedenken niemals Wasser gekommen war. In Elennen ist der Kalbenbach innerhalb einer halben Stunde um einhalb Meter gestiegen. Ein Radfahrer wurde auf der Strahe von dem Unwetter überrollt und von den Wassermassen in den angeschwollenen Bach gerissen, wo er sich nur mit Mühe an einem Stachelstrauch festhalten konnte.

„Kartoffelstoppeln“

(Spr.) Jeder, der nicht blind durch die Natur geht, weiß, daß die diesjährige Grün- und Raubhutter-ernte unzureichend ausgefallen ist; auch der Herbst kann den Ausfall des Frühjahrs und Sommers nicht erlösen. Viele bäuerliche Betriebe müssen deshalb heute noch

Entladen in den nächsten Tagen

1 Waggon holst. Weißkohl

per Zentner ab Waggon RM. 2.—
Bestellungen nimmt entgegen

Heubner & Jungnickel

Ottendorfer-Drilla-Süd. Fernruf 210.

10000 Brände jährlich durch Kinder.

Ein Mahnruf geht durchs deutsche Land: Kein Streichholz mehr in Kinderhand!

Liederhefte

Deutsche Kirchenlieder

Zur Erneuerung des Gemeinde-Gesanges

sind zu haben.

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Herm. Rühle.

Sie erhalten ihre eigene Existenz, wenn Sie werben!

Das Geld, das Sie ausgeben, kommt im natürlichen Kreislauf auch ihrem Unternehmen zugute. Also werben Sie, damit Sie nicht eines Tages auch erwerbslos werden! Benutzen Sie zu ihrer Werbung das in unserem Orte verbreitete Heimatblatt, die „Ottendorfer Zeitung“.

Die Wälder sind uns alle teuer Drum hütet sie vor Schadenfeuer

nicht, ob sie ihren Viehbestand unvermindert durch den Winter bringen können. Ihre letzte Hoffnung legen sie auf die Haferfruchtenernte, selbst das Kartoffelkraut muß zu Streu- oder Futtermitteln verwendet werden.

Angefahts dieser besonderen Lage muß die Bauernschaft von der übrigen Bevölkerung Verständnis dafür erwarten, daß in diesem Jahr das Kartoffelstoppeln (Nachgraben) nicht in dem sonst üblichen Umfang gestattet werden kann. Dort, wo die Ernte einigermassen den Erwartungen entspricht, wird der Bauer das Feld nicht bis zur letzten Kartoffel abernten und es zur geeigneten Zeit zur Nachlese freigeben. Es muß aber unter allen Umständen ihm als dem Eigentümer überlassen bleiben, diesen Zeitpunkt selbst zu bestimmen. Vor beendeter Ernte, d. h. vor Freigabe des Feldes, darf kein Unbefugter den Acker betreten. Die Kartoffelernte ist aber erst dann beendet, wenn das Feld wenigstens einmal abgeeggt und nachgelesen und das Kartoffelkraut zu Haufen zusammengetragen worden ist.

Die bei besserer Ernte weitherzig gehandhabten §§ 368, 369, 370 des Reichsstrafgesetzes und §§ 18 und 19 des Sächsischen Forst- und Feldstrafgesetzes, die das Betreten von Wiesen und Aedern vor beendeter Ernte unter Strafe stellen, müssen in diesem Jahr schärfer als sonst durchgesetzt werden. Das Sächsische Ministerium des Innern hat den schwierigen Verhältnissen des Bauerntums durch eine wesentliche **Befreiung des polizeilichen Strafrechts** Rechnung getragen. Von der Einsicht aller Bevölkerungskreise muß erwartet werden, daß sie der besonderen Lage der Bauernschaft und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gesamtheit gerecht werden.

Mit besonderer Schärfe aber wird gegen jene Schädlinge vorgegangen werden, die unter der Flagge des „Kartoffelstoppeln“ nichts anderes als gemeine Felddiebstähle begehen.

Hilfe für die geschädigten Bauern

Im Auftrag des Landesbauernführers Körner unternehmen der Hauptabteilungsleiter 2 der Landesbauernschaft, Bennewitz, und der Hauptstabsleiter Dr. Rengel gemeinsam mit dem Kreisbauernführer von Dippoldiswalde, Heber, Reichstädt, eine Besichtigung des Unwettergebietes im Ost-erzgebirge und lassen sich von den Geschädigten genauestens unterrichten.

Die Landesbauernschaft wird durch ihre Sachverständigen die landwirtschaftlichen Schäden genau feststellen lassen und so die Unterlagen beschaffen für Aufräumungsarbeiten, Hilfs- und Vorbeugungsmassnahmen.

Wie vom Amt für Volkswohlfahrt bei der Gauleitung Sachsen der NSDAP mitgeteilt wird, hat die NSB für die von einem schweren Unwetter heimgesuchten Volksgenossen im Oestlichen Erzgebirge 20 000 RM gestiftet.

Letzte Nachrichten

Deutschland will den Frieden

Dr. Goebbels an die Mitglieder des Internationalen Straßentongresses

Im Anschluß an die Schlußsitzung des Internationalen Straßentongresses hatte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, zu einem Tee-Empfang im Park des Charlottenburger Schlosses gebeten. Sämtliche Kongreßteilnehmer, etwa tausend, teils aus fünfundsünfzig Nationen zusammengeleitet, waren versammelt; die Reichsminister Frhr. von Neurath, Dr. Fritsch und von Elz-Rübenach sowie die diplomatischen Vertreter fast sämtlicher Länder waren anwesend.

Dr. Goebbels hieß die Gäste aus der ganzen Welt im Namen der Reichsregierung willkommen. Sie haben Gelegenheit gehabt, Land und Leute kennenzulernen und auf einem Spezialgebiet die großen Aufgaben, die das junge Deutschland sich gestellt hat, zu studieren. Ich glaube nicht, daß Sie dabei zu dem Eindruck gekommen sind, daß das Deutsche Reich und Volk Ruin und Kriegsgelüste hegen; ich glaube, daß Sie im Gegenteil sich durch Augenschein davon überzeugen konnten, daß alle Deutschen den Frieden wollen und die Absicht haben, in Ehren und Fleiß ihrer Arbeit nachzugehen.

Vizepräsident Professor Le Gaciant dankte im Namen des Kongresses für den großartigen Empfang. Die beste Propaganda hätte bei den Teilnehmern des Kongresses während ihres Aufenthaltes in Deutschland Deutschland selbst gemacht. Man habe Deutschland bei der Arbeit gesehen, man habe das historische Deutschland kennengelernt, man habe Deutschland erlebt, wie es sich um seine Befreiung bemüht, und alle, sowohl die Behörden als auch die einzelnen Bürger des Landes, hätten mit der größten Freundlichkeit und Aufmerksamkeit stets den Kongreßteilnehmern die größtmöglichen Erleichterungen und Hilfeleistungen gegeben. Jeder Kongreßteilnehmer nehme einen tiefen Eindruck von dem, was er in Deutschland gesehen und erlebt habe, mit nach Hause.

Heß über die deutsch-französische Verständigung

Die Pariser Zeitung „Antanligeant“ veröffentlicht in großer Aufmachung eine Erklärung, die der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, dem Vertreter des Blattes auf dem Nürnberger Parteikongreß gegeben hat; diese Erklärung ist von Rudolf Heß gegengezeichnet. Das Blatt veröffentlicht gleichzeitig den Nachdruck einer kurzen schriftlichen Erklärung von Rudolf Heß mit folgendem Wortlaut: „Eine Verständigung mit Frankreich ist bei gutem Willen auf beiden Seiten meines Erachtens unbedingt möglich!“

Rudolf Heß erklärte dem Vertreter des Blattes u. a.: „Die Liebe Hitlers für den Frieden ist durch die Größe seiner moralischen Persönlichkeit gesichert. Ich kenne den Führer seit 1920. Ich bin eines der ersten Mitarbeiter und auch sechs Monate in der Festung Landsberg, glieder der Partei gewesen und war, ebenso wie der Führer, Ich war in guten und schlechten Tagen an seiner Seite. Ich weiß, daß er für Deutschland große Pläne und große Pflichten hat, die in Meinen Augen viel wichtiger sind als Erfolge, die er mit den Waffen erzielen könnte. Er will auf geistigem Gebiet Großes für sein Volk und damit für die ganze Welt schaffen. Und Erfolge wie die, die er schon im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erzielt hat — und hier handelt es sich um einen friedlichen Sieg — sind für ihn die schönsten Verwirklichungen. Sein Nationalsozialismus wird den schönsten Ausdruck im Bau von Straßen und großen Neuschaffungen finden. Für die großen Aufgaben, die er sich auf den weissen Gebieten gestellt hat, und ganz sicher auf dem Gebiet der Kunst — denn er ist Künstler von Natur — braucht er Frieden und Ruhe für sein Volk.“

Eine Verständigung mit Frankreich ist bei gutem Willen auf beiden Seiten meines Erachtens nach unbedingt

möglich. Und es ist unbestreitbar, daß das deutsche Volk diese Verständigung wünscht. Es ist bezeichnend, daß kein anderer Vorkurs der Rede des Führers so starken Beifall bei den Zuhörern ausgelöst hat als die Erinnerung an seinen Wunsch nach einer Verständigung mit Frankreich, dem er in seiner kürzlichen Rede in Koblenz Ausdruck gegeben hat.

Hitler ist in seinen Reden das Sprachrohr des deutschen Volkes. Ich glaube sehr wohl, daß das französische Volk in seiner Mehrheit ebenfalls eine Verständigung wünscht. Ich möchte aber, daß sich auch die französische Regierung ebenso klar, wie es die Reichsregierung getan hat, und lobend wie möglich für eine Verständigungspolitik ausspricht, um praktische Verwirklichungen möglich zu machen.“

Großfeuer in Niederösterreich

In den Teilküsten Sonnenheim in Unterwallersteden (Niederösterreich) brach ein Feuer aus, das innerhalb von einhalb Stunden das ganze Fabrikgebäude und die Arbeiterhäuser einäscherte. Der Brand entstand durch eine Explosion im Dieselmotorenhaus der Fabrik; unter donnerähnlichem Getöse schlug eine etwa dreißig Meter hohe Stichtonne aus dem Haus empor. In knapp fünf Minuten stand das gesamte Fabrikgebäude in Flammen. Zehntausendwanzig Feuerwehreinheiten mit vierzig Löschwagen bemühten sich vergeblich, den Brand einzudämmen, der durch einen gewaltigen Sturm gelöscht wurde.

Die Fabrik war zur Zeit des Brandes in vollem Betrieb. Die Arbeiter konnten sich nur unter größten Anstrengungen retten. Einige Frauen und Mädchen, die aus den oberen Stockwerken in die Tiefe sprangen, erlitten schwere Verletzungen.

Schwere Gewitter über Bremen

In den Abendstunden des Mittwoch entlud sich ein heftiges Gewitter über Bremen, das von starkem Hagel begleitet war. In kurzer Zeit strömten in starke Wassermassen auf die Erde, daß ganze Strohdächer und Eisenbahnunterführungen überflutet wurden. In etwa zwanzig Fällen mußte die Feuerwehr eingesetzt werden. Auf dem Marktplatz wurde eine Frau vom Blitzschlag getötet.

Auf bei Kellinghausen

Am Mittwochabend richtete ein von einem Gewitter begleitetes Witterfeld in Kellinghausen bei Kellinghausen schwere Schäden an. Durch den Sturm wurden vierundzwanzig Gebäude schwer beschädigt, von zwei Häusern stürzten die Dächer ein und zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und die Drahtleitungen abgerissen. In Sanderich schlug der Blitz in ein Gefäß und tötete.

Der Führer und die Kirche

Eine Rede des Reichsbischofs

Reichsbischof Müller hielt im Appellsaal der Städt. Halle in Hannover eine Rede, in der er u. a. darauf hinwies, er sei häufig gefragt worden, weshalb er sich so für den Nationalsozialismus einsetze. Als er zum ersten Mal mit dem Führer zusammengekommen sei und sein Wesen erkannt habe, habe er gesagt: „Ich gehöre an die Seite dieses Mannes, so lange ich auf Erden lebe.“ Bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem Führer habe er sich gesagt, wenn der Nationalsozialismus zum Siege komme, müsse unbedingt eine einzige Deutsche Evangelische Kirche vorhanden sein. Man könne nicht von den Gegnern dieses Gedanken sprechen, sondern höchstens von den Leuten, die immer noch nicht recht begriffen, um was es sich handele. In den äußerlichen Dingen habe der Staat das Rechte, die Pflicht, einzugreifen, wenn die Kirche nicht von selbst in Ordnung komme. Der Führer wolle zweifellos das ganze Gedankengut des Nationalsozialismus zum Gemeingut des Volkes machen.

Es sei heute doch so, daß man fordern müsse, daß jeder, auch derjenige, der den Nationalsozialismus nicht ganz verstehe, doch in seine Reihen treten müsse. Das müsse man auch in diesem Sinne von den Pastoren der Gemeinden verlangen. Sie müßten Kameraden, Freunde und Berater ihrer Gemeinden sein, und wenn sie das nicht könnten, dann sollten sie abtreten.

Der Redner kam dann auch auf die Judenfrage zu sprechen und wandte sich gegen die Leute, die da sagten, Christus sei doch auch Jude gewesen. Man müsse daran immer erinnern, daß in jenem Volk stets der Mann, der ihm die Wahrheit sagte, umgebracht worden sei, zuletzt der Heiland selbst. Das Christentum sei nicht aus dem Judentum herausgewachsen sondern in stetigem Kampf mit ihm entstanden.

Der Redner erklärte dann, dem Buchstaben nach seien alle Kirchen in die Reichskirche eingegliedert und wenn das Gesetz beschloffen sei, dann sei es eben beschloffen. Er fügte hinzu: „Ich sehe mir eine Sache so lange an, wie ich wissen kann, daß ich die Konsequenzen so hart ziehe, wie sie gezogen werden müssen.“

Der Reichsbischof wandte sich weiter den Gerüchten über die Stellung des Führers zur Kirche zu und erklärte, der Führer habe gesagt, daß er auch nicht den leisesten Versuch machen wolle, an den innersten Kern der evangelischen Kirche zu rühren. Im Innern der Kirche blieben deren eigene Rechte bestehen. Hier handele es sich nur darum, höhere Dinge endlich zu vereinigen. Wenn die Kirche selbst nicht zurüchtkomme und Unruhe im Staat entsteht, müsse und werde der Staat dafür sorgen, daß diese Unruhe aufhöre.

Der Reichsbischof sprach gegen den Vorwurf, die deutschen Christen wollten Christus von seinem Thron stoßen. Viele, die sich mit dem Nationalsozialismus nicht genügend befaßt hätten, dächten, weil der Nationalsozialismus völkische Ziele verfolgte, wolle er Boten oder einen der anderen germanischen Götter auf den Thron erheben. Gewiß gebe es viele im Nationalsozialismus, die noch nicht den Weg zur Kirche zurückgefunden hätten; das an aber trügen die Evangelischen die Schuld.

Niemand denke daran, Christus vom Thron zu stoßen. Wer als Deutscher mit dieser Unwahrhaftigkeit haushandele, den werde er, der Reichsbischof, ansassen, daß er sich wundern werde.

Der Reichsbischof schloß: „Mit allem, was ich bin und habe und kann, gelobe ich, dafür zu sorgen, daß die Deutsche Evangelische Kirche gebaut werde auf das freie Evangelium, daß Wahrheit in dieser Kirche werde und daß ein Geschlecht herauswache, das fromm und gut und stark ist und vom Ewigen die Kraft gewinnt. Wer heiligt Herzen die uns gestellte Aufgabe anzupacken. Wer den Aufbau dieser Kirche nicht mitmachen kann, nicht so wie wir kämpfen kann im Dritten Reich, der soll Raum geben oder beiseite treten. Tut er es nicht, so muß ich ihn dazu zwingen. Was wir wollen, ist eine freie deutsche Kirche.“